

Aus Aufbruch wurde Abbruch

Lautstarke Proteste gegen grün-rote Deputatskürzungen an Schulen

"Wer Kinder quält, wird abgewählt", hieß die klare Botschaft an die grün-rote Landesregierung. 400 Schüler, Eltern und Lehrer demonstrierten gestern mit einem Protestzug und einer Kundgebung auf dem Holzmarkt gegen die Streichung von Anrechnungsstunden vor allem an Gymnasien.



Fred Keicher

Tübingen. "Die roten und die grünen Luftballons kommen in den Sarg", sagt Cord Santelmann bei der Vorbereitung zur Demonstration. Der Sarg hatte die Aufschrift "Individuelle Förderung". Die Deputatskürzungen an Gymnasien würden genau dieses Versprechen der grün-roten Landesregierung zunichtemachen, befürchten die Organisatoren der Demonstration: Cord Santelmann aus Nehren ist Mitglied des Landesvorstands des Philologenverbands, und Rainer Bergmann aus Haigerloch ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der gymnasialen Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen. Sie kritisieren die Landesregierung: Aus Bildungsaufbruch sei Bildungsabbruch geworden.

Direkt vom Basketballtraining sind die Hirschauer Frieder Schwarze, 11, und sein Bruder Jakob, 9, gekommen. "Trotz Beeinträchtigungen", sagt Frieder, nehmen sie an der Demonstration teil. In seiner Klasse 5c des Umlandgymnasiums sei die Basketball-AG schon gestrichen worden. Er gehe nun zum SV03. Aber jetzt falle auch die Hausaufgabenbetreuung weg. Ihn träfe das nicht so sehr, aber seinen Kumpel in der Klasse, der brauche die. Der habe eine leichte Behinderung.

Aus Riedlingen und Ehingen sind Elternbeiräte zur Demonstration gekommen. Das achtjährige Gymnasium brauche zwingend Hausaufgabenbetreuung, sagt Renate Kempf, Elternbeiratsvorsitzende des Kreisgymnasiums Riedlingen, sonst gebe es keine Bildungsgerechtigkeit.

"So geht's nicht", schleudert Ute Leube-Dürr, die Direktorin des Uhland-Gymnasiums, in ihrer kämpferischen Rede der Landesregierung entgegen. "Die schicken uns neue wollene Socken, nehmen uns aber das Unterhemd und den Mantel." Die Landesregierung hält nämlich fest an den Kürzungen des allgemeinen Entlastungskontingents und der Anrechnungsstunden für Hausaufgabenbetreuung, gewährt aber landesweit nur 80 Stunden für individuelle Förderung der Schüler. "Wer Qualität will, muss investieren, das weiß jeder Kleinunternehmer", sagt die Schulleiterin und schreibt der Landesregierung ins Stammbuch: "Wer Kompetenz fordert, muss Kompetenz zeigen."

Santelmann spricht von einer Protestwelle, die durchs Land rollt. Ebenfalls gestern Abend protestieren 2500 Menschen gegen die Kürzungen in Stuttgart. "Dieser Protest muss gehört werden", sagt er: "Wer Kinder quält, wird abgewählt."

Nicht wegducken will sich die SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid. Sie spricht von faulen Eiern, die Grün-Rot angetroffen habe, von zwei Milliarden Investitionen in die Bildung, von 4515 neuen Lehrern. Es hilft nicht viel. "Lüge" schallt ihr entgegen. Als sie das Thema Gemeinschaftsschule anspricht, brechen die Zuhörer in Hohngelächter aus.

Rainer Bergmann macht der Landesregierung das vergiftete Kompliment, es sei ja nicht alles schlecht, was sie gemacht habe. Er nennt als Beispiel die Abschaffung der Grundschulempfehlung. Jetzt aber spare sie beispielsweise bei der Ausbildung von Konfliktlotsen und Streitschlichtern: "Wer da den Sparhebel ansetzt, hat von der Realität nichts verstanden."

Siehe auch das "Übrigens"

Was Anrechnungsstunden sind

Per Verwaltungsvorschrift kürzt das Kultusministerium 8000 Wochenstunden insgesamt, das entspricht 315 Lehrerstellen, sagte Santelmann, davon 150 Stellen an Gymnasien, davon 64 für die Hausaufgabenbetreuung. Mit diesen sogenannten Anrechnungsstunden wurden bisher betreut: Projektstage, Schüleraustausche, individuelle Förderung, Fortbildungen, die Homepagebetreuung, die Pflege der Sammlungen. "Wie wollen Sie naturwissenschaftlichen Unterricht halten ohne eine entsprechende Sammlung." Als Kompensation hat das Kultusministerium jetzt 80 Deputate für Realschulen und Gymnasien für "Differenzierungsmaßnahmen in der Unterstufe eingerichtet". Ansonsten weist das Ministerium darauf hin, die Lehrer könnten Aufgaben außerhalb ihres Deputats übernehmen, sprich: ohne Bezahlung.

ÜBRIGENS

Kürzung wider

alle Vernunft

Was wären Schulen ohne Projekttag, Arbeitsgruppen und Feste, ohne Exkursionen, Austauschprogramme und Studienfahrten, ohne Teilnahme an Wettbewerben wie Jugend forscht oder trainiert für Olympia, ohne organisierte und gepflegte naturwissenschaftliche Räume, Werkstätten und Computer, ohne Konfliktschlichter, Suchtprävention und psychologische Beratung. Die Schulen wären weniger attraktiv, die Lehrkräfte weniger motiviert. Vor allem aber entginge den Schülerinnen und Schülern eines: Bildung. Ihnen würden ergänzende Wissensinhalte, wertvolle Erfahrungen, neue Anregungen, wichtige Hilfen fehlen. Schule wäre wieder mehr auf klassischen Unterricht beschränkt statt Ort umfassenden Lernens zu sein.

Und was wären Schulen ohne Hausaufgabenbetreuung, vor allem G8-Gymnasien? Sozial ungerechter, weil gerade Kindern und Jugendlichen ohne gebildete Eltern durch das Zusatzangebot Chancen eröffnet werden.

Die Landesregierung will all das nicht hören. Sie kürzt zum 1. August mit einer Verwaltungsvorschrift die sogenannten Anrechnungsstunden, mit denen Lehrerinnen und Lehrer ihr Engagement für die extra Aufgaben vergolten bekommen - und die das von allen Experten und Politikern geforderte individuelle Lernen fördern. Dass ausgerechnet Grün-Rot solch einen pädagogischen und sozialen Rückschritt verantwortet, ist bitter, wie es Ute Leube-Dürr gestern auf dem Holzmarkt sagte. Wohl die wenigsten Wählerinnen und Wähler einer der beiden Parteien hätten sich vorstellen können, dass der versprochene bildungspolitische Aufbruch auch ein Abbruch wird. Ob beim Elternabend, im Lehrerzimmer oder per E-Mailverteiler: Seit Wochen werden an Schulen auch in und um Tübingen Unterschriftenlisten gegen die Sparaktion herumgereicht. 400 Enttäuschte haben gestern in Tübingen demonstriert. In Stuttgart kamen erheblich mehr zusammen. Hier ging es vor allem um Gymnasien und die Anrechnungsstunden, in der Landeshauptstadt wurde die grün-rote Bildungspolitik breiter angegriffen.

Das Land muss sparen. Doch setzt jede Regierung auch eigene Akzente. Ja, Grün-Rot hat viel Geld für Bildung ausgegeben. Doch immer wieder wird aus der linken Tasche genommen, was in die rechte gesteckt wurde. Vor allem aber leisten sich Grüne und Sozialdemokraten teure Schulstrukturprojekte: Gemeinschafts- und Ganztagschulen. Beide sind zweifellos nötig. Aber die Einführung erfolgt ohne Konzept, also übereilt. Auch wenn Tübingen bisher profitiert hat: Etwas mehr Überlegung würde die Akzeptanz beider Reformen fördern und jetzt Geld sparen, das pädagogisch und sozial sinnvollen Angeboten zugute käme, die durch Anrechnungsstunden erst möglich werden. In wenigen Jahren werden durch sinkende Schülerzahlen und Schulschließungen ohnehin Mittel frei. **Gernot Stegert**

Erschienen: Schwäbisches Tagblatt , 11.07.2013: SB / DNAB / Seite:21--

© Schwäbisches Tagblatt GmbH